



MEDIENINFORMATION

SPERRFRIST: Keine

Eidg. Parlamentarier bereiten sich auf Agrardebatte vor

Die Landwirtschaftsdirektion hat die Eidg. Parlamentarier und Vertreter/innen des Bauern- und Bäuerinnenverbandes von Nidwalden zu einem Hearing über die AP 2011 eingeladen. Diskutiert wurden die möglichen Auswirkungen der bevorstehenden Agrarreform auf die Nidwaldner Landwirtschaft und deren Anliegen an die eidgenössischen Räte zur Weiterentwicklung der AP 2011.

Bundesrat bleibt hart

Der Bundesrat hat die Botschaft zur Weiterentwicklung der Agrarpolitik (AP 2011) zu Händen des Parlaments verabschiedet. Im Wesentlichen hat er an seinen in das Vernehmlassungsverfahren geschickten Vorschlägen festgehalten. Am Hearing wurde vor allem die Umlagerung von Marktstützungen in die Direktzahlungen, die Lockerung des Bodenrechts und insbesondere das Reformtempo kritisiert. Die produzierenden Landwirte und somit auch die vor- und nachgelagerten Betriebe würden besonders hart betroffen. Die Hoffnung für eine Korrektur der Reform ruht nun auf dem Parlament.

Negative Auswirkungen

Die Hauptrichtung der AP 2011 wird von den Diskussionsteilnehmern grundsätzlich als richtig erachtet, wonach die Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft und der unternehmerische Handlungsspielraum der Landwirtschaftsbetriebe weiter zu stärken ist. Allerdings dürfe der eingeleitete Strukturwandel nur in Etappen erfolgen und müsse sozial verträglich sein, darin sind sich die Agrarexperten einig. Das Einkommen der Landwirtschaftsbetriebe kommt noch mehr unter Druck und trotzdem werden kaum Perspektiven für die Bauern aufgezeigt. Die Auswirkungen einer Erhöhung der Gewerbegrenze auf 1.25 SAK (Standardarbeitskräfte) wären weitreichend, weil sowohl Bestimmungen im bäuerlichen Bodenrecht, im landwirtschaftlichen Pachtrecht, im Steuerrecht und im Raumplanungsrecht auf das Kriterium des landwirtschaftlichen Gewerbes abstellen. Die Aufhebung der Preisbegrenzung im Bodenrecht und die Aufhebung der Pachtzinskontrolle würden unweigerlich zu Preissteigerungen für Landwirtschaftsland bzw. zu einem Anstieg der Pachtzinse füh-

ren. In Nidwalden würden nahezu 200 Betriebe oder rund 40 % nicht mehr als Gewerbe gelten. In einem Umfeld sinkender Preise für Agrargüter dürfen der Landwirtschaft keine zusätzlichen Kosten aufgebürdet werden. Man ist enttäuscht, dass der Bundesrat die Vernehmlassungsantworten der bäuerlichen Organisationen und der Kantone, welche überraschenderweise sehr einheitlich ausgefallen sind, nicht berücksichtigte. Das vom Bundesrat vorgeschlagene Tempo der Liberalisierung wird abgelehnt. Warum die Liberalisierung weit stärker als die Forderungen der WTO vorangetrieben werden soll, ist nicht nachvollziehbar.

Parlamentarier wollen Korrekturen anbringen

Die Gegenvorschläge zur Botschaft des Bundesrates haben die Nidwaldner Landwirtschaftsvertreter in einem Positionspapier dargelegt und begründet. Ständerätin Marianne Slongo-Albrecht und Nationalrat Edi Engelberger hatten offene Ohren für die Anliegen der Landwirtschaftsvertreter. Sie wollen sich insbesondere für folgende Anträge in Kommission und Parlament einsetzen:

- Für den Mehrbedarf von finanziellen Mitteln im Zahlungsrahmen Produktion und Absatz.
- Für die Weiterführung der Verkäsungszulage mit 15 Rp. und die Siloverzichtszulage mit 3 Rp. als Grundlage für eine nachhaltige Milchproduktion und Milchverarbeitung in Nidwalden.
- Für eine massvolle Heraufsetzung der unteren Grenze für die Festlegung eines landwirtschaftlichen Gewerbes sowie für die Beibehaltung der Preisgrenze für landwirtschaftlichen Boden und die Pachtzinsbegrenzung für Einzelgrundstücke.

Die parlamentarischen Beratungen haben mit einem Hearing der vorberatenden Kommission des Ständerates, in welcher Ständerätin Marianne Slongo-Albrecht Einsitz hat, bereits begonnen. Voraussichtlich wird die AP 2011 in der Wintersession im Ständerat und in der Frühlingssession im Nationalrat behandelt.